

Zu Hebeln gewendet? Auswärtige Politiken für die Ziele nachhaltiger Entwicklung **Kurzbericht zur dreiteiligen Gesprächsreihe am 04. und 05. Mai 2021**

Im Vorfeld der Bundestagswahl organisierten **Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)**, das **Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE)** und **SDSN Germany** eine [dreiteilige Gesprächsreihe](#) zum Hebel *Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit* als Instrument deutscher und europäischer Nachhaltigkeitspolitik. Die Veranstaltungsreihe gliederte sich in die Bereiche Außenwirtschaftspolitik, internationale Zusammenarbeit und Außenpolitik. Die Reihe stieß auf großes Interesse bei Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie des Teams des Bürgerrats.

Die Diskussionen zeigten, dass es in allen auswärtigen Politikfeldern einer Neuaufstellung bedarf, damit diese als wirksame Hebel einer Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung zum Einsatz kommen können. Eine zentrale Rolle könnte einem Transformationskabinett für internationale nachhaltige Entwicklung zukommen, das die Hebel strukturell auszurichtender auswärtiger Politiken nutzt. In der Programmatik der politischen Parteien sei zu diesen Herausforderungen bisher wenig Neues zu finden. Die beteiligten Organisationen kündigten an, in einem *follow-up*-Prozess über weitere Schritte zu sprechen.

Gestaltende Außenwirtschaftspolitik: Von „do no harm“ zu „business case“

Der Austausch zeigte, dass Außenwirtschaftspolitik durch eine transformative Gestaltung von Handelspolitik und Außenwirtschaftsförderung entscheidend zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) beitragen könne. Eine gestaltende Außenwirtschaftspolitik sollte aus nicht-nachhaltigen Mustern wirtschaftlichen Austausches hinausführen und **für alle beteiligten Partner echte Chancen** eröffnen. Die **EU-Handelspolitik biete** auf Grund der in den Handelsabkommen verankerten Nachhaltigkeitskapitel bereits **große Chancen**, um nachhaltige Entwicklung in reicheren wie ärmeren Ländern zu fördern, die Effektivität dieser Kapitel sei allerdings umstritten. EU-weite Regelungen für Lieferketten und Sorgfaltspflichten seien daher wünschenswert. Auch die nationale **Außenwirtschaftsförderung biete große Potentiale**. Sie **müsse aber gesetzlich konkreter auf Nachhaltigkeit bezogen werden**, um die **Transparenz** bei der Prüfung und Vergabe zu **erhöhen**. Öffentlich geförderte Unternehmen müssten ihren Sorgfaltspflichten besser nachkommen und die mit einer Ausrichtung auf Nachhaltigkeit verbundenen Chancen als „business case“ begreifen. Leider sei das dafür erforderliche Wissen bei Unternehmen häufig noch begrenzt. Empfohlen wurde ein **„smart mix“ aus gesetzlichen Vorgaben für nachhaltige Lieferketten, einschließlich Sanktionsmaßnahmen, und flankierenden freiwilligen Initiativen**. Dies gelte umso mehr, als rund 80% des Welthandels in globalen Lieferketten stattfinde. Auch die **öffentliche Beschaffung** sollte mit Nachdruck zur Stärkung nachhaltiger Lieferketten genutzt werden. Ferner reiche es nicht aus, lediglich auf „do no harm“ in Bezug auf Menschenrechte oder Umweltstandards zu achten; zusätzlich bedürfe es einer transformativ gestaltenden Außenwirtschaftspolitik. Die konkrete Ausgestaltung sei zudem zentral: Anreize und Sanktionen sollten wirksam sein; Beschwerdemechanismen müssten von der Zivilgesellschaft auch effektiv genutzt werden können; nicht-intendierte unerwünschte Nebeneffekte sollten durch *impact assessments* und Evaluierung im Blick behalten werden.

Internationale Zusammenarbeit: Von der Geber-Nehmer-Logik zu reziproker Kooperation

Vertreter*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft machten deutlich, dass die universelle Agenda 2030 auch einen **Paradigmenwechsel** in der internationalen Zusammenarbeit erfordere. Dies betreffe

nicht nur die Beziehungen zu Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern müsse sich auch auf die Kooperation mit Industrieländern beziehen. Eine in der Geber-Nehmer- bzw. Nord-Süd-Logik gefangene Zusammenarbeit werde den globalen Herausforderungen nicht gerecht. Vielmehr sei ein Wandel **weg von einer Bedürftigkeits- und hin zu einer Notwendigkeitslogik** erforderlich, die sich an den Schlüsseltransformationen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie orientiere. Die strikte Ausrichtung an den ODA-Empfängerländerkriterien sei zu überdenken. Es brauche auch mehr Ehrlichkeit bei der Wirkungsmessung von Maßnahmen, um in der Konsequenz zu mehr Effektivität zu gelangen. Eine **konzeptionelle und strukturelle Neuaufstellung der internationalen Zusammenarbeit** sollte auf **reziproke Transformationspartnerschaften mit Ländern aller Einkommensgruppen** abzielen, in denen gemeinsame, horizontale Veränderungs- und Lernprozesse in den Mittelpunkt rücken. Der „*leave no one behind*“-Grundsatz der Agenda 2030 sei dabei durchgängig zu beachten. **Innovative Kooperations- und Finanzierungsformate** entstünden bereits im Gesundheits-, Umwelt- und Klimabereich. Im Lichte dieser Erfahrungen zeige das Konzept [Global Public Investment](#) Wege einer neuen Kultur und Finanzierung von Kooperation auf, zu der alle Länder beitragen, die allen Länder zugutekommt und in der alle Länder mitentscheiden. Für einen Paradigmenwechsel stehe auch der Vorschlag eines [Global Fund for Social Protection](#), der zu einem wichtigen Hebel für die Umsetzung der 2030 Agenda werden könnte.

Außenpolitik für nachhaltige Entwicklung: Schaffung eines Transformationskabinetts

Nicht nur Expert*innen, sondern auch der Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ betonten die Notwendigkeit einer auf die Agenda 2030 ausgerichteten deutschen und europäischen Außenpolitik, um nationale und internationale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das Thema Nachhaltigkeit solle **politischer und auch geopolitischer** eingeordnet und **strategischer** angegangen werden; Aufgabe von Außenpolitik sei, die beobachtbaren **Verschiebungen der internationalen Ordnung** auch im Kontext der weltweiten Nachhaltigkeitstransformationen **positiv mitzugestalten**. Bezüge auf die Konzepte Prävention, Resilienz, „*recover better*“ und Solidarität könnten dabei helfen, die Pandemie als einen Wendepunkt zu markieren. Zu hoffen sei, dass das **Weißbuch Multilateralismus** hier neue Wege aufzeigt. Die Agenda 2030 und Klimaneutralität müssten in der Außenpolitik konzeptionell zentral platziert und durch die Hausleitungen in den auswärtigen Beziehungen prominent sichtbar gemacht werden. Hierfür könnte eine organisatorische Bündelung der Themen Klima, Biodiversität, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte hilfreich sein. Um darüber hinaus innerhalb der Bundesregierung eine **kohärente Strategie** zu entwickeln, wie auswärtige Politiken besser als Hebel für nachhaltige Entwicklung zu nutzen wären, bräuhete es **eine stärkere ressortübergreifende Zusammenarbeit**. Hierfür sollte auch die **Klimapolitik** (aktuell mit Rückenwind international durch die Biden-Administration, europäisch durch den Green Deal, national durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes samt der Verpflichtung auf auch internationales Handeln) **besser mit der Agenda 2030** und den Zielen für nachhaltige Entwicklung **verbunden** werden, um **gemeinsam mit weiteren Schlüsseltransformationen** wie der Agrar- und Ernährungswende auch international effektiver voranzukommen. Analog zum Klimakabinetts ließe sich ein **Transformationskabinetts** für internationale nachhaltige Entwicklung schaffen.

Kranholdt/Schulz, 17.05.2021